

Schreiter, Bruno Friedrich (Fritz) ♂ Maschinenbauer, Kommunist, Kommunalpolitiker, Gegner und Opfer des NS-Regimes, ★ 27.04.1892 Pieschen bei Dresden, † 13.09.1944 Dresden, ☪ Dresden (Johannisfriedhof Tolkewitz).

Vater: Hermann, Vertreter; **Mutter:** Emilie, geb. Hofmann († 1933); **Geschwister:** 2 Schwestern; ☪ 1919 Anna Emma, geb. Sander (1896–1953), Verkäuferin; **Sohn:** Axel Hjalmar Arno (1920–1945).

S. wuchs im Haushalt der Mutter auf und besuchte 1898 bis 1906 die Volksschule. 1907 begann er eine dreijährige Lehre als Maschinenbauer. Im Jahr darauf trat er dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, 1912 wurde er Mitglied der SPD. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs nahm er - wie z.B. Karl Liebknecht - eine ablehnende Haltung gegenüber der Vergabe von Kriegskrediten ein. – Im Januar 1915 erhielt S. den Einberufungsbefehl und kam nach seiner Ausbildung in Zittau ab März 1915 an der Westfront zum Einsatz. Im Mai 1917 desertierte er und gelangte über Dresden nach Dänemark, von wo aus er für die Beendigung des Kriegs wirkte. Nach seiner illegalen Rückkehr nach Deutschland im Mai 1918 wurde S. verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe „unter Strafaufschub“ verurteilt, was eine „freiwillige“ Meldung zum Fronteinsatz nach sich zog. Während der Novemberrevolution wählten ihn die Soldaten seiner Einheit in den Soldatenrat. – Nach dem Ersten Weltkrieg arbeitete S. wieder in seinem Beruf als Maschinenbauer. Ab April 1920 war er bei der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Dresden tätig. Im selben Jahr schloss er sich der USPD an und wurde durch die Vereinigung des linken USPD-Flügels mit der KPD Mitglied der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Von April 1922 bis Anfang 1924 gehörte S. dem Rat der Stadt Dresden als unbesoldeter Stadtrat an. Er nahm im Juni und Juli 1924 am V. Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau teil und wurde im Dezember desselben Jahrs zum Bürgermeister der Gemeinde Zschachwitz bei Dresden gewählt. – 1928 geriet S. in Widerspruch zur Politik der KPD, was im Oktober desselben Jahrs zu seinem Parteiausschluss führte. Er trat daraufhin der im Dezember 1928 von der KPD abgespaltenen „Kommunistischen Partei

Deutschlands (Opposition)“ bei. Dies war ein wesentlicher Grund dafür, dass er 1930 als Bürgermeister von Zschachwitz nicht wiedergewählt wurde. – Ungeachtet des Wechsels seiner Parteizugehörigkeit engagierte sich S. weiter gegen die Nationalsozialisten und vertrat als Abgeordneter des Zschachwitzer Gemeindeparlaments und auf öffentlichen Veranstaltungen seine politische Haltung. Nach dem Reichstagsbrand vom 27.2.1933 wurde S. von Angehörigen der SA in Zschachwitz gesucht. Er hielt sich zu dieser Zeit jedoch in Dresden auf und bereitete seine Emigration in die Tschechoslowakei vor. Bei einer Haussuchung in der Wohnung von S. am 30.3.1933 wurden politische Agitationsmaterialien, sozialistische und kommunistische Zeitschriften und Bücher sowie sowjetische Plakate beschlagnahmt. Aufgefundene Mappen mit Gemeindeplänen und amtlichen Schreiben veranlassten den kommissarischen Bürgermeister zu einer Anzeige wegen „Unterschlagung von Gemeindegut“. – In den Jahren der Emigration war S. in verschiedenen Formen und von unterschiedlichen Ländern an der Bekämpfung des Nationalsozialismus beteiligt. In der Tschechoslowakei arbeitete er anfangs in Grenznähe, später in Prag. Im September 1933 reiste er über Polen nach Schweden und im Juni 1934 nach Dänemark. Ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit war die Organisation der Herstellung antifaschistischer Schriften und ihres illegalen Transports nach Deutschland. 1937 wurden S., seiner Frau und seinem Sohn die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt. Beim Überfall der Wehrmacht auf Dänemark im April 1940 entzog sich S. dem Zugriff der Gestapo durch die Flucht nach Schweden, wurde dort aber ausgewiesen. Bei seiner Rückkehr nach Dänemark nahm ihn die Polizei fest und lieferte ihn an Deutschland aus. – Der Volksgerichtshof verurteilte S. daraufhin wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren. Auch im Zuchthaus Waldheim widersetzte er sich dem nationalsozialistischen Regime. Im Mai 1943 denunzierte ihn ein Mithäftling, woraufhin ihm „kommunistische Propaganda“ und „Sabotage der Kriegsproduktion“ vorgeworfen wurde. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Feindbegünstigung“ angeklagt, wurde S. zum Tod verurteilt und hingerichtet. – Ihm zu Ehren wurde eine Straße in Dresden-Sporbitz benannt.

Quellen: Sächsisches Staatsarchiv - Hauptstaatsarchiv Dresden, Zuchthaus Waldheim, Bezirkstag/Rat des Bezirkes Dresden; Bundesarchiv, SAPMO-DDR; Auskunft H. und J. Tannert, 26.3.1979; Auskunft Landeshauptstadt Dresden, Standesamt-Urkundenstelle, 15.1.2008; Auskunft Gedenkstätte Münchner Platz Dresden, 18.1.2008.

Literatur: H. Hilse, Biografische Notizen zu Dresdner Straßen und Plätzen, Dresden 1976; T. Pusch, Politisches Exil als Migrationsgeschichte, Diss. Flensburg 2003; C. Hermann, Erinnerung an Fritz S., in: Schriftenreihe des Militärhistorischen Museums der Bundeswehr 11/2006, S. 21. – DBA II.

Christian Hermann

6.5.2010

Empfohlene Zitierweise: Christian Hermann, Schreiter, Bruno Friedrich (Fritz), in: Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e.V.
Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/saebi/> (13.7.2021)

Normdaten:

GND: 142496480

SNR: 25287

PDF-Erstellungsdatum: 13.7.2021

ℒ_Tℒ_EX-PDF